

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Entwicklungspolitik - Innerdeutscher Handel - Gewerkschaften - Währungspolitik - Barre-Programm

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1977) : Kurz kommentiert: Entwicklungspolitik - Innerdeutscher Handel - Gewerkschaften - Währungspolitik - Barre-Programm, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 3, pp. 113-114

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135047>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Entwicklungspolitik

Signale aus Washington

Zwischen den amerikanischen Präsidentschaftswahlen und dem Amtsantritt von Jimmy Carter spekulierten Politiker und Fachleute über die künftige amerikanische Haltung gegenüber den Entwicklungsländern. Die Ungewißheit darüber lieferte vielen kleineren Industrieländern einen willkommenen Anlaß, eigene Beschlüsse mit dem Hinweis auf die noch unklaren Entscheidungen der USA zunächst zurückzustellen. Dieses Alibi gilt nicht mehr, seitdem die ersten Erklärungen Washingtons zur künftigen amerikanischen Entwicklungspolitik vorliegen.

Die USA stehen den Rohstoff-Fonds und dem Wunsch nach einem Schuldenmoratorium nach wie vor negativ gegenüber. Rohstoffabkommen müßten von Fall zu Fall geprüft werden. Die Haltung der USA solle im übrigen wie bisher mit der der anderen Industrieländer abgestimmt werden. Die bi- und multilateralen Mittel für die Entwicklungshilfe sollen erhöht und über die bestehenden multilateralen Organisationen verteilt werden. In Zukunft werde man jedoch in Washington vorher die Politik der verschiedenen Hilfsorganisationen prüfen. Darüber hinaus soll der Umfang der Entwicklungshilfe von dem Verlauf der Diskussionen im Nord-Süd-Dialog und mit den anderen Industrieländern abhängig sein.

Diese Äußerungen werden in den Entwicklungsländern ohne Zweifel Enttäuschung hervorrufen und die Verhandlungen im Nord-Süd-Dialog und bei der UNCTAD möglicherweise in noch nicht absehbarem Ausmaß erschweren. Bei den meisten Industrieländern herrscht dagegen Anlaß zur Erleichterung. Vor allem die Bundesrepublik dürfte sich durch die Äußerungen aus Washington bestätigt sehen und damit zusätzliches Gewicht für ihre Argumente bei den Brüsseler Verhandlungen über die Haltung der EG zu den Forderungen der Neuen Weltwirtschaftsordnung gewinnen. mk

Innerdeutscher Handel

Rekordergebnis 1976

Der innerdeutsche Handelsaustausch erreichte 1976 8,4 Mrd. VE und lag damit um 13,3 % über dem Ergebnis von 1975. Die Bezüge aus der DDR

stiegen um 16,1 % auf 3,93 Mrd. VE, die Lieferungen in die DDR um 11 % auf 4,46 Mrd. VE. Erstmals seit 1973 haben sich damit die Bezüge aus der DDR wieder deutlich stärker erhöht als die Lieferungen dorthin. Da in den zurückliegenden Jahren vor allem die ungenügenden DDR-Lieferungen die Expansionsmöglichkeiten des innerdeutschen Handels gehemmt hatten, erscheint dieses Ergebnis besonders positiv.

Im Hinblick auf zukünftige Exportchancen der DDR ist vor allem erfreulich, daß es ihr mit Produkten des Maschinenbaus und mit elektrotechnischen Erzeugnissen (32,2 % Steigerung gegenüber 1975) gelungen ist, ihre chronisch schwache Stellung auf dem Markt der Bundesrepublik zu festigen. 1975 bestanden nur 7 % sämtlicher DDR-Lieferungen in die Bundesrepublik aus Maschinenbauerzeugnissen, 1976 immerhin 8 %. Will die DDR auch zukünftig ihre Exportchancen nutzen, so muß sie in diesem Sektor den Schwerpunkt ihres Angebots setzen, da die Expansionsmöglichkeiten für Agrarerzeugnisse sowie für Textilien und Strickwaren durch die Sättigungsgrenze und die zunehmende Konkurrenz von Niedrigpreis- und Entwicklungsländern begrenzt sind.

Der DDR muß es deshalb verstärkt darum gehen, im Bereich des Investitionsgüterangebots einen hohen Spezialisierungsgrad zu erreichen, wie er gerade für die mittlere Investitionsgüterindustrie in der Bundesrepublik typisch ist. Diese Unternehmen verstehen es im Gegensatz zu den DDR-Außenhandelsunternehmen bzw. den DDR-Produktionseinheiten, Marktlücken aufzuspüren und hochentwickelte Technologien in Spezialprodukte umzusetzen. Standardmaschinen „made in GDR“ werden in der Bundesrepublik auch künftig allenfalls in Lehrlingswerkstätten Verwendung finden.

pl

Gewerkschaften

DAG – quo vadis?

Nur scheinbar hat der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst den seit Mitte 1976 schwelenden Konflikt zwischen ÖTV und DAG verdrängt. Mit dem Zerbrechen der Tarifgemeinschaft muß das Dogma der branchenbezogenen Einheitsgewerkschaft wieder stärker in Zweifel gezogen werden, zumal die ÖTV bisher wider Erwarten nur vereinzelt Überläufer feiern konnte. Noch mag man derartige Erfolgsmeldungen des Gegners als Erbsenzählerei abtun; über kurz oder lang wird sich aber

die Frage nach der Berechtigung einer eigenständigen Angestelltengewerkschaft um so deutlicher stellen.

Eine Einheitsgewerkschaft zeigt immer dann Schwächen, wenn es um die Vertretung spezieller Interessen geht, und nur deren prononcierte Wahrnehmung würde in diesem Fall eine gesonderte Gewerkschaft notwendig machen. Gibt es aber spezifische Angestellteninteressen im öffentlichen Dienst? — Es ist kein Geheimnis, daß sich die Nettoposition der BAT-Beschäftigten im Vergleich zu den Beamten der entsprechenden Stufen im Laufe der letzten Jahre durch steigende Sozialabgaben verschlechtert hat. Hier müßte eine Angestelltengewerkschaft versuchen, die Relationen zu Gunsten der von ihr vertretenen Gruppe zu ändern.

Die DAG könnte durch entsprechende Aktivitäten ihre Existenzberechtigung aufzeigen; bisher ist in dieser Richtung jedoch nichts geschehen. Die ÖTV wird sich wegen ihrer Beamten-Mitglieder und mit Rücksicht auf die übrigen im DGB organisierten Beamten kaum auf eine derartige Differenzierung einlassen. Die DAG muß die Probe aufs Exempel machen, sonst wird sie — bei Kluncker! — im öffentlichen Dienst bald nichts mehr zu bestellen haben. rr

Währungspolitik

Restriktion trotz Floating?

In seinem jüngsten Wirtschaftsbericht fordert das Londoner Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung die Überschußländer zu einer verstärkten Konjunkturbelebung auf. Wollen diese Länder — gemeint sind hauptsächlich die Bundesrepublik und Japan — keine geeigneten konjunkturellen Maßnahmen treffen, so sollten sie freiwillig ihre Exporte beschränken; andernfalls müßten die Defizitländer die Importe aus den Überschußländern diskriminieren.

Angesichts des floatenden Pfundkurses überraschen diese Forderungen zunächst. Verständlich werden sie erst, wenn man berücksichtigt, daß die Pfundabwertungen die englische Zahlungsbilanz nicht in dem erwarteten Ausmaß verbessert haben. Versagt also die Anpassung über veränderte Währungsrelationen? Ein Blick auf die Höhe der englischen Währungsreserven zeigt, daß der Pfundkurs offensichtlich massiv gestützt wurde und wird. Begründet wird dies mit der sich durch Abwertungen beschleunigenden Inflation, die dann möglicherweise weitere Abwertungen zur Folge hat. Nun kann man aber vernünftigerweise nicht erwarten, daß die Überschußländer die erzielten Stabilisierungserfolge aufgeben oder verstärkte

Beschäftigungsprobleme hinnehmen — denn auf nichts anderes läuft die Forderung des Londoner Instituts hinaus — und damit die gesamte Anpassungslast der Defizitländer tragen. Ziel der Einführung flexibler Wechselkurse war ja gerade, den einzelnen Wirtschaften die notwendige Autonomie zur Erreichung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele zu geben. Die in das Floating gesetzten Erwartungen haben sich zwar nicht bei allen Ländern erfüllt; dies darf jedoch nicht dazu führen, die Vorteile flexibler Wechselkurse für alle Länder aufzugeben. ww

Barre-Programm

Bewährungsprobe steht noch bevor

Im Kampf gegen die Inflation, den die französische Regierung mit dem Ende September verabschiedeten Barre-Programm aufgenommen hat, sind beachtliche Anfangserfolge zu vermerken. Im Dezember und Januar sind die Verbraucherpreise mit einer laufenden Jahresrate von weniger als 4 % gestiegen, bei einer jahresdurchschnittlichen Erhöhung im Jahre 1976 von knapp 10 %. Allerdings darf die Verlangsamung nicht überbewertet werden, ist sie doch das Ergebnis eines am Jahresende ausgelaufenen dreimonatigen Preisstopps sowie einer teilweisen Kompensation der zu befürchtenden Nachholeffekte durch eine Mehrwertsteuersenkung für industrielle Produkte zum Jahresbeginn.

Wenngleich also offenbleiben muß, inwieweit die tatsächliche inflationäre Entwicklung lediglich kaschiert wurde, sind die ausgewiesenen Dämpfungseffekte doch für die weiteren Aussichten des Stabilisierungsversuchs von großer Bedeutung. Sie sind nämlich zweifellos eine notwendige Voraussetzung für die Realisierung des Ziels, den Lohnauftrieb in diesem Jahr auf 6,5 %, die nach dem Willen der Regierung nicht zu überschreitende Preissteigerungsrate, zu begrenzen. Schließlich zeigen die Gewerkschaften ohnehin starken Widerstand gegen den zugemuteten Verzicht auf eine Reallohnsteigerung.

Frühzeitig hat die Regierung auch eine Peitsche bereitgelegt: Über die „magischen“ 6,5 % hinausgehende Lohnsteigerungen will sie „wegsteuern“, und den Unternehmen, die stärkere Lohnanhebungen gewähren, drohen Sanktionen etwa in der Form des Ausschlusses von Aufträgen der öffentlichen Hand. Ob sie aber die Peitsche im Ernstfall auch schwingen wird, ist trotz zahlreicher Beteuerungen nicht sicher — die Parlamentswahlen in einem Jahr werfen ihre Schatten voraus. Die eigentliche Bewährungsprobe steht also noch bevor. wt